

Wolfgang U. Eckart

## Ärzte und Politik — Eine untrennbare Beziehung

Um nichts als einen Mythos handelt es sich bei dem standesüblichen Credo der Ärzte, dass sich der Arztberuf “seit jeher” und “losgelöst von Zeitströmungen, Weltanschauungen und politischen Gesellschaftssystemen” immer nur einer “zeitlosen ärztlichen Berufsethik” verschrieben habe. Das aus dem Jahre 1985 überlieferte Diktum<sup>1</sup> des ehemaligen Präsidenten der Bundesärztekammer, Carsten Vilmar (\*1930), ist umso unverständlicher, als Vilmar bei seinem Amtsantritt 1978 der erste politisch unbelastete Bundesärztekammerpräsident der BRD überhaupt war. Vor ihm hatten der ehemalige SS-Mann und Wehrmachts-Oberarzt Ernst Fromm (1917-1992) und danach der NSDAP- und SS-Mann, Hans Joachim Sewering (1916-2010) der deutschen Ärzteschaft vorgestanden und zur Aufklärung ärztlicher Verbrechen unter der NS-Diktatur wenig beigetragen. Im Gegenteil, Sewering selbst hatte als Assistenzarzt der Tuberkuloseheilanstalt in Schönbrunn bei Dachau eine junge Patientin der Kinderfachabteilung der *Heil- und Pflegeanstalt Eglfing-Haar* überwiesen, wo sie nur zwei Wochen später im Rahmen des Kinder-Krankenmordes ‘verstarb’.

Dabei fußt das starke politische Engagement der Ärzte in der Neuzeit keineswegs nur auf belastetem politischem Grund. In Deutschland war es der Pathologe Rudolf Virchow, der auf dem Höhepunkt der bürgerlichen Revolution im Auftrag der preußischen Regierung 1848 in Oberschlesien dem Hungertyphus und Fragen nach dem Zusammenhang von Krankheit und sozialer Lage nachging und damit den Anspruch der Medizin, auch Sozialwissenschaft zu sein, nachhaltig begründete. Virchows Schlussfolgerungen aber unterschieden sich in der Konsequenz diametral von sozialistischen oder kommunistischen Positionen, wie sie sich für Friedrich Engels und Karl Marx aus der katastrophalen Lage der Arbeiter in England, Schottland und Irland ergaben. Der Pathologe und Sozialreformer vertrat 1848 uneingeschränkt die Position der bürgerlichen Revolution und formulierte als Arzt sowohl medizinisch motivierte Forderungen als auch radikalliberale politische Postulate. Seine Sache war nicht die Revolution, sondern die medizinische Reform, der er sich sowohl als Gutachter der preußischen Regierung in der Beurteilung der oberschlesischen Hungertyphusepidemie als auch als Herausgeber eben des ärztlichen Kampfblattes *Die Medizinische Reform* (1848/49) entschieden verschrieb. Virchows sozialpolitischer Ansatz bei der Lösung medizinischer Probleme (der Arzt ist der “natürliche Anwalt der Armen”) zielte auf “volle und unumschränkte Demokratie” mit ihren

Töchtern Bildung und Freiheit<sup>2</sup>, auf Besserung der Wohn-, Ernährungs- und Bildungsbedingungen für die pauperisierten Massen, auf die Beseitigung lokaler Feudalherrschaft und Geldaristokratie, auf die iatrokratisch anmutende Forderung nach entschiedener ärztlicher Intervention in der öffentlichen Gesundheitspflege.<sup>3</sup>

“*Die Medicin*”, so Virchows sozialpolitisches Resumée, “*hat uns unmerklich in das sociale Gebiet geführt und uns in die Lage gebracht, jetzt selbst an die grossen Fragen unserer Zeit zu stossen. Bedenke man wohl, es handelt sich für uns nicht mehr um die Behandlung dieses oder jenes Typhuskranken durch Arzneimittel und Regulierung der Nahrung, Wohnung und Kleidung; nein, die Cultur von 1 1/2 Millionen unserer Mitbürger, die sich auf der untersten Stufe moralischer und physischer Gesunkenheit befinden, ist unsere Aufgabe geworden*”.<sup>4</sup>

In dieser Stoßrichtung war die Medizin damit allerdings zugleich ein Frontalangriff auf die katastrophale Medizinalpolitik des preußischen Ministers Ernst von Bodelschwingh (1794–1854), was den jungen Mann in der Metropole mehr als verhasst machte. Dass der eher schlecht bewaffnete Pathologe (“nur ein Pistol bekommen”) als Berliner Barrikadenbauer (18./19. März 1848) an der Ecke Tauben- und Friedrichstraße und wegen seiner “agitatorischen Wahlumtriebe” alsbald die Quittung bekam und nach Würzburg weggeekelt wurde, ist verständlich.<sup>5</sup> Vergebens allerdings hatte Karl Marx über Mittelsmänner versucht, Virchow für die Sache der Kommunisten zu gewinnen. Spöttisch schrieb Engels daher im April 1868 seinem Freund Marx: “Der Versuch, [...] den Virchow zum Kommunisten zu machen, sieht einer Extrateruterinschwangerschaft sehr ähnlich. Selbst wenn Virchow in der Politik respektive Ökonomie Kenntnisse und theoretisches Interesse hätte, so ist dieser brave Bürger doch viel zu tief engagiert.”<sup>6</sup>

Leider sollte nicht nur dieser sozialpolitisch engagierte Pfad von Ärzten nach Virchow beschritten werden, wenn gleich Generationen liberaler und sozialistischer Ärzte seinem Vorbild folgten. Ärzte waren es, die sozialfeindlich und rassistisch sich seit 1884 im Rahmen des imperialistischen ‘Drangs nach Afrika’ als Speerspitzen der deutschen Medizin

1 Vgl. hierzu Johanna Bleker, Der Mythos vom unpolitischen Arzt — Historische Überlegungen zum Unterschied zwischen politischer Abstinenz und Toleranz, in: Jahrbuch für Kritische Medizin 22 (1994), S. 164-186, hier S. 164

2 R. Virchow, Mitteilungen über die in Oberschlesien herrschende Typhus-Epidemie, in: Arch. pathol. Anat. Physiol. klin. Med., 2 (1849), 143-322, hier 217 u. 223

3 Vgl. hierzu Wolfgang U. Eckart, Illustrierte Geschichte der Medizin, 2. Aufl., Berlin/Heidelberg 2011, S. 92

4 R. Virchow, Oberschlesien (1849), 223

5 Ebenda

6 Fr. Engels an K. Marx, 17. April 1868, hier zitiert nach Christian Andree, Virchows Weg von Berlin nach Würzburg — Eine heuristische Studie zu den Archivalien der Jahre 1848-1856, Würzburg 2002, S. 38

an der Kolonialperipherie des Kaiserreichs verstanden und die ökonomische Ausbeutung der indigenen Bevölkerung begleiteten. Ärzte wie der Erbforscher Alfred Ploetz waren es, die den Gedanken der Tötung schwacher und kranker Nachkommen als sozialpolitische Utopie entwickelten und damit den Weg in den Krankmord der Nationalsozialisten ebneten. Militärärzte waren es, die Soldaten des ersten Weltkriegs, die am pausenlosen Morden an den Fronten seelisch zerbrachen, durch 'therapeutische' Folter brutal der Front wieder zuführten und so für den Obrigkeitsstaat im Krieg gefügig machten. Und Ärzte waren es auch, die die biopolitische Diktatur des NS-Systems mit mehr als 300.000 Zwangssterilisationen, mit annähernd 200.000 Krankmorden und einer unmenschlichen Leistungs- und Militärmedizin erst möglich machten.<sup>7</sup> Dass sich die Traumatisierung Tausender Menschen durch eine politisierte Medizin im Zwangssystem der DDR bis 1989 fortsetzte, demonstriert bis heute, dass Ärzte gerade wegen ihrer intimen Beziehung zu den Schwächen menschlicher Existenz, aber auch wegen ihrer stetig wachsenden Kenntnisse um die Ausbeutbarkeit ebenso wie um die Vulnerabilität der menschlichen Physis

7 Vgl. hierzu Wolfgang U. Eckart, *Medizin in der NS-Diktatur — Ideologie, Praxis, Folgen*, Köln 2012

und Psyche in besonderer Weise Begehrlichkeiten politischer Systeme weckten und wecken werden. Medizin ist immer auch soziale Wissenschaft und Praxis. Umso aufmerksamer muss der Berufsstand selbst mit seinen Gefährdungen in Wissenschaft, Ausbildung und Praxis umgehen.

**Prof. Dr. med. Wolfgang U. Eckart** ist seit 1992 Professor für Geschichte der Medizin und Direktor des Instituts für Geschichte und Ethik der Medizin an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg. Er ist zugleich Mitglied der Leopoldina/Nationale Akademie der Wissenschaften. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören die Medizin im europäischen Kolonialimperialismus, Medizin und Krieg sowie die Medizin im Nationalsozialismus. Jüngste Buchveröffentlichungen: *Medizin in der NS-Diktatur* (2012, Böhlau); *Handbuch Sterben und Menschenwürde*, 3 Bde. (mit Michael Anderheiden, 2012, De Gruyter); *Geschichte, Theorie und Ethik der Medizin* (2013, Springer); *Medizin und Krieg: Deutschland 1914-1924* (2014, Schöningh).

## Werkstatt

Markus Gloe / Tonio Oeffering

### Widerstand als Aufgabe und Ziel politischer Bildung?

Bericht der Tagung "Kompetenz zum Widerstand — eine vernachlässigte Bildungsaufgabe" vom 24. bis 26. März 2015 an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg\*

Mit Ende des Wintersemesters 2014/15 verabschiedete sich Fritz Reheis in den Ruhestand. Zum Ausklang nicht nur seines letzten Semesters, sondern seiner nunmehr zehnjährigen Dienstzeit an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg, veranstaltete er Ende März ein interdisziplinäres Symposium mit dem Titel "Kompetenz zum Widerstand — eine vernachlässigte Bildungsaufgabe".

Die Tagung war in drei thematische Blöcke unterteilt: Im ersten Teil standen "Phänomenologische Annäherungen" sowie konkrete Beispiele im Mittelpunkt, im zweiten die Frage, ob die Kompetenz zum Widerstand überhaupt gefördert werden könne und solle, und im dritten, falls die beiden Fragen des mittleren Teils positiv beantwortet würden, wie dies zu geschehen habe.

#### Phänomenologische Annäherungen

Bereits in seiner Begrüßung machte der Gastgeber deutlich, dass es sich für ihn bei dem gewählten Tagungsthema nicht um ein beliebiges gehandelt habe. Angesichts globaler Bedrohungen und Krisen, so Reheis, sei die Förderung von Widerstandskompetenz eine unabdingbare Aufgabe von Bildung, wenn ein Leben aller in Würde möglich sein solle. Jeder einzelne habe eine Vielfalt von Widerstandsoptionen.

Zunächst gab Michale Sladek, der "Stromrebell aus Schönnau", ein konkretes Beispiel für erfolgreichen Widerstand. Er beschrieb, wie er und seine Mitstreiterinnen und Mitstreiter es schafften und schaffen, dass sich eine kleine Gemeinde im südlichen Schwarzwald erfolgreich gegen die Übermacht